

Bezugsgebühr
Wochentlich 20 Pf. 2.50, durch
Post 30 Pf. 3.75.
Abnahme von Anklängungen:
Montag ab 8. Vorm. 8-11 Uhr Nachm.
Montag ab 11-12 Uhr Mitt.
am Freitag ab 8. Montag 5 Uhr zu
Möchelnbach bis 10 Uhr Audienztag.
Die Königliche Gerichtsdeputation
Angeklagte a. Silber 10 Pf. An-
kläger 10 Pf. Beauftragte untere Gericht
Ankläger 40 Pf. Gerichtsräte für
Königlicher oder nicht Reichsgericht 20 Pf.
Für Reichsgericht 10 Pf. Ankläger 20 Pf.
20 Pf. nach letzterem Zivil
Reichsgericht Aufträge nur gegen
Königliche Gerichtsdeputation.
Anklägerwagen: umfassende
umfassende Auskunftsbehörde an
Reichsgericht werden mit 20 Pf.
bedient.
Sitzung: einziger Sitzung
nicht keine Verhandlungen.
Gesetzesredaktion: Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang.

Meyer's Joppen für Herren und Knaben
in neuester Auswahl.
Schlafrock - Meyer, Frauenstrasse 7.

Dresden, 1895.

**Aut Optimum
aut nihil!**
Schlick & Hinkelmann
Amalienstrasse 12.



PATENTE sc. iell und
Sorgfältig
durch Richard Lüders
Patent-Bureau
Dömitz

H. Kumpert, Dresden, Waisenhausstr. 15.

Mr. 240. Spiegel: Die Regierung und die Sozialdemokratie. Hofnachrichten. Gedächtnis aus dem 70. Jahr. Kriege. Neue Bürgerhospital-Ordnung. Gerichtsverhandlungen.

Vermischte Bitterung: Unruhe, bewußt.

Donnerstag, 29. August.

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichnetem Geschäftsstelle zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den R. A. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“, Marienstraße 38, Erdgeschoss.

Politisches.

Während aus Anlaß der mohlen Angriffe sozialdemokratischer Blätter gegen unsere nationalen Gedächtnisse die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, in diesem Falle zweifellos als offizielles Organ, die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes der Umsturzpartei gegenüber darlegt und deren Recht giebt, die von Ihnen ein gesetzgeberisches Vorgeben gegen die revolutionäre Propaganda fordert: während sie es als die „dringende Pflicht“ der Regierung erachtet, sich um Gewöhrung von Mitteln zur Abwehr der sozialdemokratischen Ausschreitungen an die gegebenen Gewerkschaften zu wenden, richtet zu derselben Zeit ein amtliches Regierungsorgan an Dienstleuten, welche den Ruf nach einem Ausnahmegesetz laut werden lassen, die Frage, woher wohl die Regierung, die noch unter dem frischen Eindruck der Berathenshelt der Parteien der leichten Aktion gegen die Umstürzler steht, „sich den Ruth nehmen solle“, mit einem Vorblage hervorzuftreten, der über das damals geforderte Minimum weit hinausgehen würde. Durch nichts finde die Behauptung eine Stütze, ein Ausnahmegesetz habe Ansicht auf größere Gnade vor den Augen des Reichstages, als sie der Umsturzvorlage vergönnt war. Ueberhaupt könnte die Regierung nur dann daran denken, gegen die Umstürzler wirksam vorzugehen, wenn sie bei den bürgerlichen Parteien einer klaren und festen Stellung der Sozialdemokratie gegenüber sicher wäre. Von einer solchen Stellungnahme sei man aber in den Reihen der bürgerlichen Parteien immer noch weit entfernt. Während also die den Berliner Regierungskreisen nahestehende „R. A. B.“ ein neues Sozialstengen in Aussicht stellt und für das Zustandekommen desselben die Mitwirkung weiterer Kreise aller Parteien erhofft, die „das Recht freie Meinungsäußerung in ehrlichem, anständigem Kampfe zwar gewahrt wissen, solches Recht aber nicht in zügellosem, jedem Aufstand hohnsprechender Weise ausgebeutet seien wollen“, meint das angeführte offizielle Regierungsblatt, es dürfte besser sein, wenn die bürgerlichen Parteien erst selbst eine feste Stellung in der sie auf Tod und Leben befahrenden und unverhältnißigen Sozialdemokratie einnnehmen würden, anstatt die Hilfe nur von der Regierung zu fordern.

Wir können unmöglich glauben, so sehr es auch den Anschein haben mag, daß diese Ausschreitungen des amtlichen Blattes innerhalb der Regierung, bei der es ressortiert, gehobt werden. Die Ansicht, daß eine Regierung nicht den „Ruth“ haben dürfe, einen im Interesse der bestehenden Ordnung erforderlichen Gesetzesvorschlag einzubringen, weil dieser seine Ansicht auf Annahme seitens der derzeitigen Mehrheit der Volksvertretung habe, mögwohl den Grundzügen eines parlamentarischen Regierungssystems entsprechen, nicht aber einer streng monarchischen Politik, wie sie bisher im Reiche und in den meisten deutschen Einzelstaaten vertreten wurde. Bei uns soll die Regierung einen selbstständigen Willen darstellen, der das, was zum Wohl des Staates und der Gesellschaft als notwendig erkannt worden ist, mit allen zu Gebote stehenden verfassungsmäßigen Mitteln durchzuführen bemüht sein muß, unbedrängt um die Widerstände, die von der öffentlichen Meinung und dem Parlamente drohen. Nach der Ansicht des citirten amtlichen Blattes hätte sich die Regierung jeder eigenen aktiven Politik zu enthalten, die nicht von vornherein der Willigung der Volksvertretung sicher ist: die Regierung wäre dann nichts Anderes, als das ausführende Organ des wechselnden und zufälligen parlamentarischen Majoritätswillens und müßte demgemäß beurtheilen den Fortschritten der Agitationen zur Vorbereitung des allgemeinen Umsturzes mit verschrankten Armen ruhig zuschauen. Wir vertreten eine andere Ansicht: Ist die Regierung von der Notwendigkeit einer gesetzgeberischen Aktion gegen die Sozialdemokratie überzeugt, so hat sie die unabsehbare Pflicht, diese Aktion durchzuführen ohne Rücksicht darauf, ob sie damit „Gnade vor den Augen“ des Reichstages findet oder nicht. Noch weniger darf die herrschende Rechtfähigkeit der bürgerlichen Parteien irgend welchen Einfluß ausüben auf die Entscheidung darüber, was noch thut. Die Erkenntnis, daß zur Zeit ein plausibler Zusammenwirken aller staatsverhindernden Elementen zum Kampf gegen die Umsturzparteien nicht stattfindet, sollte die Regierung erst recht dazu anspornen, ihrerseits Hilfe zu bringen und zwar um so schneller Hilfe, weil eben die bürgerlichen Parteien in ihrer Ungläubigkeit und Verschlossenheit zur Zeit völlig außer Stande sind, den Befreiungen der Umsturzpartei aus eigener Kraft wirksam entgegen zu treten. Die Regierung ist für die Schaden und Gefahren verantwortlich, die aus dem gegenwärtigen Zustande der Rechtfähigkeit gegenüber der Sozialdemokratie entstehen: sie trägt aber die Verantwortung allein, so lange sie nicht alle Schritte gethan hat, um somit wurde Dortmund gewählt.

eine energische Verhinderung des Umsturzes herbeizuführen. Die angebliche Ausnahmefreiheit eines gesetzgeberischen Vorgehens, wenn über ihre dringliche Notwendigkeit kein Zweifel mehr besteht, darf eine Regierung, die sich der Verantwortlichkeit für die Zukunft von Staat und Volk bewußt ist, niemals in ihrem Entschließungen beeinträchtigen, sie muss vielmehr mit allen Kräften jedes Hindernis zu durchbrechen suchen, um zu dem Ziele zu gelangen, welches zum Wohl des Vaterlandes unter allen Umständen erreicht werden muss. Genauso die herrschende Machtwollhaftigkeit des Parteilebens möchte der Regierung die Pflicht auferlegen, in so leidlicher Zeit dem Volke eine einheitlich geschlossene Führung zu gewähren, der es sich mit Interessen vertrüben kann — nicht aber sollte diese Machtwollhaftigkeit, wie es die Ansicht unseres amtlichen Regierungsorgans zu sein scheint, die Regierung dazu bewegen, die Abterschaft mit der einfachen Erklärung abzulehnen: Da die Parteien nicht im Stande sind, etwas gegen die Sozialdemokratie zu unternehmen, so hält sich auch die Regierung nicht für verpflichtet, beständig einzutreten. In dem Augenblick, wo die Regierung den Ruth finden wird, mit Loyalität, Entschlossenheit und auf alle Konvenienzen hin gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, wird das Bild des Komites Aller gegen Alte, das heute die staatsverhindernden Parteien bietet, verschwinden und sich wieder eine Befriedung der parteipolitischen Verhältnisse anbahnen.

Hätte Fürst Bismarck in allen Phasen seiner staatsmännischen Laufbahn allemal erst schließen gefragt, wo soll ich den Ruth hernehmen, um Gnade vor den Augen des Parlaments zu finden: hätte er sich jemals seine kraftvolle Initiative und seine eiserne Energie durch den trostlosen Anblick der Gesellschaft des Parteitreibens lähmen lassen: so wäre die deutsche Einheit noch heute ein schöner Traum Terter, welche das Deutsche Reich mit Majoritätsabschlägen aufbauen würden. Ich lasse mir von der Majorität des Reichstages nicht imponieren, tief der große Kanzler sieht aus. Alles Gnade, was er zum Heile Preußens und Deutschlands beschlossen hatte, hat er gegen die städtische Opposition von Portemonniereien und zu Seiten durchsetzt, in denen die Parteivollmacht in üppigster Blüte stand. Sogar ein Kapitän hat vor den Widerständen des Reichstages nicht kapituliert. „Wenn wir einmal überzeugt sind“, sagte er bei Verabschiedung der Militärvorlage, wir brauchen eine Verstärkung, so werden die verbündeten Regierungen alle die verfassungsmäßigen Mittel, die Ihnen zu Gebote stehen, anwenden, um diese Verstärkung durchzusetzen.“ Und Kapitän hat damals erreicht, was er wollte: er hat auf die Militärvorlage nicht verzichtet, weil sie vor den Augen des Reichstages keine Gnade fand.

Die „R. A. B.“ schlägt ihre Tariflungen über die Notwendigkeit eines neuen Sozialstenges mit dem Dichterwort: „Notwendig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig feiert an ihre Ehre“. Im Nation gehört aber auch die Regierung, die an erster Stelle berufen ist, untere nationale Ehre zu schützen nicht bloss gegen äußere, sondern auch gegen innere Feinde.

Bernichreis und Bernischreis-Verichte vom 28. August.
Berlin. Die „Voss.“ bemerkt in der gefügten Mitteilung der „Reichs. Bdg.“, daß die Firma Cohn u. Rosenberg einen Sollkredit nicht in Anspruch genommen habe. Unseren Erwissen noch ist es ziemlich gleichgültig, ob die Herren Cohn u. Rosenberg einen Kredit in Anspruch genommen haben oder ihre Spediteure, Vertreter oder Geschäftsfreunde an der Direktion. Das macht das zwischenzeitlich wieder verlaufte Getreide im Rahmen nach Berlin gebracht worden ist, bis sofort bei der Entlohnung der Zoll dafür entrichtet wird, schließlich durchaus nicht ans, doch vorher trugdem ein Sollkredit in Höhe von 3 Millionen Mark für das in Aussicht kommende Getreide, das die den Produzenten empfindlich schädigende Kaffee vorwarf, in Anspruch genommen war. — Den Anteilmöndern in Pommern wird der französische Militärkantone nicht bewohnen, die französische Armee wird also dabei unvertreten sein. — Der Direktor des Militär-Economie-Departements Generalmajor General von Gemmingen erhält das Kommandeurkranz 1. Klasse. Major Kunze im preußischen Kriegsministerium das Lützowkranz des sächsischen Albrechtsordens. — Der älteste Sohn des Ministers v. Bötticher, Reichslandrat Karl v. Bötticher, hat im Schießbude Göhren ein Berliner Rentier mit eigner Lebendigkohle vom Tode eines Ententens gerettet. — Das Reichstagsgesetz wird am Sonntag glänzend erledigt. Zur Leitung der Vorbereitungen trat Geh. Beamter Ballot aus Dresden hier ein.

Breslau. Der Fürst-Großbrosch von Prost ordnete für die preußische Grafschaft Glatz, die zu seiner Diözese gehört, ein Tedeum in allen Kirchen für den 1. September an.

Schönlinn. Anna Jungnicht, die ihren leiblichen Vater geschlossen und darauf mehrere Tage von dem Leichnam geacheit, ih für geisteskrank erklart und aus dem Gefängnis in's Krankenhaus übertragen worden.

Bozen. Im Karzenvo feierten mit Streichbällern spielende Kinder ein Arbeiterschiff in Brand, wobei 5 Personen um's Leben kamen.

Adolsfeld bei Kulda. Die zum Besuch hier weilende Großherzogin von Oldenburg ist heute an Unterleibsbeschwerden gestorben.

München. Katholikentag. Heute fand die 3. geöffnete Generalkonferenz statt. Domkapitular Singlob berichtete über die Bezeichnungen des Auskusses für Missionen und christliche Charitas. Eine Reihe von Anträgen auf Förderung der verschiedenen Missionsvereine wurde angenommen, ebenso ein Antrag Lingens auf volle Freiheit der Ordenstätigkeiten. Auf den Bericht des Generalsekretärs Hilfe über die Verhandlungen des Auskusses über die soziale Frage wurden Anträge angenommen betreffend Erweiterung der Sonntagsruhe für die Soldaten, Abschaffung des Tuells, Herstellung billiger Arbeiterwohnungen, Förderung der Räumigkeitsbestrebungen. Als Ort der nächstjährigen Generalversammlung wurde Dortmund gewählt.

Photographische Apparate
Foto-Fabrikation
Emil Wünsche
Detail-Gesellschaft
Moritzstrasse 20
Fotografie der Dr. C.
Baron u. Baroness
Hanschstrasse 39.
Der Haupt-Catalog
(326 S.) nach abwarts
gegen 20 Pf. frank.

1. Tapeten Specialgeschäft Dresdens

F. Schade & Co.
Victoriastrasse 2.
Telephon 1. Nr. 188.

Neuheiten in allen Arten Hüten, Schirmen,
Handschuhn, Shilps u. s. w.
Schirmbezüge in 1—2 Stunden.

Wund's (französische) **Ginderwick.** **Gebr. Wund, Böhmer.** **79**

Örtliches und Sachliches.

Se. Majestät der Könige begab sich in Begleitung Sr. Excellenz des Oberhofmarschalls Grafen Bülowum von Schönhof und des Adjutanten Majors von Paritz gestern früh 6 Uhr 29 Minuten vom Bahnhof Niederröbel aus nach Klingenberg und von dort zur Hochwindsburg auf Sachsenbauerneuer. Die Rückreise nach Pillnitz erfolgte Nachmittags 6 Uhr von Klingenberg aus.

Se. König Georg begab sich gestern Morgen mit dem Jahrmarktswagen 5 Uhr 18 Minuten über Chemnitz nach Geithain, um der Beerdigung der 3. Kavallerie-Brigade Nr. 32 Kavallerie-Regiment und 2. Ulanen-Regiment Nr. 181 den Ehrenplatz östlich Geithains von 9 Uhr Morgen ab beizuwenden. In der Begleitung Sr. König Georg waren der Chef des Generalstabes Oberst von Broitz und der Hauptmann im Generalstab beim Generalkommando Kavallerie von Salza und Lichten. Se. König Georg kehrte mit dem 4 Uhr 17 Minuten Nachmittags hier eintrifenden Zug über Döbeln zurück.

Der Direktor der Dresdner Bank zu Berlin, Kommerzienrat Eugen Gymann, daselbst erhielt von Sr. Majestät dem Könige von Schweden und Norwegen das Kommandeurkreuz 2. Klasse des Wolfsordens.

Se. Durchl. der Fürst Blücher von Wahlstatt ist gestern Nachmittag mit Familie hier eingetroffen und hat im Hotel Bellevue Wohnung genommen.